



Audition publique à la Chambre des Députés sur la conférence des Parties à la convention-cadre des Nations Unies sur les changements climatiques qui aura lieu à Copenhague (décembre 2009)

21 octobre 2009

Liste non exhaustive de questions qui pourraient être traitées par les intervenants

Welche Anforderungen für das Kopenhagener Klimaschutzabkommen ?

Der jüngste Bericht des UN-Umweltprogramms „Climate Change Science Compendium 2009“ und der „Synthesis Report“ führender Klimawissenschaftler vom März dieses Jahres belegen auf erschreckende Art und Weise, dass der Klimawandel sich deutlich schneller vollzieht als bislang angenommen.

Wenn der aktuelle Trend beim THG-Ausstoß weitergeht, steuern wir auf eine globale Temperaturerhöhung von 6° Celsius über vorindustriellen Zeiten zu.

Nicht nur Klima-Wissenschaftler aus aller Welt, auch die Internationale Energieagentur fordert mittlerweile sofortige und grösste Anstrengungen beim Klimaschutz, damit wir die globale Temperaturerhöhung soweit wie möglich unterhalb von 2° Celsius begrenzen, damit wir den gefährlichen Klimawandel mit seinen katastrophalen Folgen für Milliarden Menschen und unsere Ökosysteme noch verhindern können.

„Early action“ ist das Gebot der Stunde: wir müssen den weltweiten Peak bei den globalen THG-Emissionen bis 2015 erreichen und bis 2050 unsere THG nahezu auf Null reduzieren.

Bis 2020 müssen die Industrienationen, darunter auch die EU, ihre Emissionen um 25-40% im Vergleich zu 1990 reduzieren, wovon der grösste Teil der Reduktionen zuhause geleistet werden muss.

Die Abholzung der Regenwälder ist für ein Fünftel der weltweiten Treibhausgase verantwortlich und muss bis 2020 vollständig gestoppt werden.

Nicht nur zahllose Entwicklungsorganisationen, sogar selbst die EU-Kommission hat Anfang 2009 die Höhe der notwendigen öffentlichen Gelder, die die Industrienationen für Mitigations- und Anpassungsmaßnahmen in den Entwicklungsländern und den Schutz der Regenwälder zur Verfügung stellen müssen, auf jährlich mindestens 110 Milliarden Euro im Jahr 2020 beziffert.

Nach dem Prinzip der gemeinsamen, aber differenzierten Verantwortung würde dies für die EU, die für ca. ein Drittel der historischen THG-Emissionen verantwortlich ist, einen Beitrag von ca. 35 Milliarden Euro jährlich bedeuten.

Bevor wir zu den ersten drei Fragen Stellungnahme beziehen, möchte Votum Klima an dieser Stelle die Gelegenheit nutzen und unsere Einschätzung zu dem derzeitigen Stand der Verhandlungen für ein Klimaschutzabkommen in Kopenhagen erläutern.

Die Klimaschutzkonferenz in Kopenhagen beginnt zwar erst in 47 Tagen, doch die gemeinsame Position der Europäischen Union wird bereits in diesen Tagen fixiert.

Gestern haben die EU-Finanzminister in der alles entscheidenden Frage der Finanzierung von Adaptations- und Mitigationsmaßnahmen in den Entwicklungsländern erneut – man kann es leider nicht anders nennen – versagt.

Und während wir hier diskutieren, beratschlagt der EU-Umweltministerrat nur wenige Meter entfernt über weitere strittige Fragen im Zusammenhang mit dem Kyoto-Nachfolgeabkommen in Kopenhagen.

„Wir können uns ein Scheitern in Kopenhagen nicht leisten“, warnte der englische Premier Gordon Brown vor zwei Tagen. Doch es wird immer deutlicher, dass die Regierungsvertreter der meisten EU-Staaten sich offensichtlich nicht der Tatsache bewusst sind, dass wir beim Klimaschutz nicht mehr länger warten können, wenn wir den gefährlichen Klimawandel noch verhindern wollen.

Wir können das 2° Celsius Ziel noch erreichen, doch dafür müssen wir jetzt handeln, und zwar mit der größten Entschlossenheit ! Jeder Tag, den wir vergeuden, ohne dass wir die notwendigen Maßnahmen in die Wege leiten, ist nicht nur verlorene Zeit, sondern es wird auch immer schwerer, wenn nicht gar unmöglich, die notwendigen Klimaschutzmaßnahmen noch zeitig zu erreichen.

Die 27 Staaten der EU, darunter Luxemburg, haben es bislang nicht fertig gebracht, die Weichen für ein weltweites Klimaschutzabkommen im Dezember in Kopenhagen zu stellen – im Gegenteil. Die EU versteckt sich hinter ihrer angeblichen Vorreiterrolle.

Doch die EU ist alles andere als ein Vorreiter: einerseits hält sie zwar die 2° Celsius Grenze als Grundlage der Klimaschutzpolitik hoch und heilig, andererseits will sie aber die aus wissenschaftlicher Sicht notwendigen Maßnahmen nicht ergreifen, um dieses Ziel noch mit einer halbwegs großen Sicherheit zu erreichen.

In der Frage, wie hoch die Reduktion der Treibhausgase sein soll, ist die Position der EU völlig unzureichend : anstatt ein Zeichen zu setzen und die notwendigen 40% bis 2020 einzufordern, verweist die EU auf das Ende 2008 beschlossene Klima- und Energiepaket hin, das THG-Reduktionen von 20% bis 2020 vorsieht, mit einer Option, diese auf 30% zu erhöhen, falls ein internationales Abkommen zustande kommt, wobei noch völlig unklar ist, wieviel davon INNERHALB der EU erzielt werden muss.

Und nicht nur beim Reduktionsziel versagt die EU. Wenn es zu einem globalen Abkommen kommen soll, müssen die Verursacher des Klimawandels – das sind wir, die Industrienationen – die Entwicklungsländer beim Kampf gegen den Klimawandel finanziell unterstützen: „No money – no deal“, sagte bereits Anfang des Jahres der EU-Umweltkommissar Stavros Dimas.

Die EU-Kommission schlägt mittlerweile anstatt der ursprünglichen 110 Milliarden Euro im Jahr 2020 nur noch einen Betrag von 2-15 Milliarden Euro an öffentlichen Geldern zur Finanzierung von Anpassungs- und Mitigationsmaßnahmen in den Entwicklungsländer vor. Das ist etwa 10% von dem, was notwendig wäre.

Gestern abend konnte man mit einem ziemlichen Befremden einer Reuters-Meldung entnehmen, dass es laut Finanzminister Frieden nicht wirklich wichtig wäre, konkrete Zahlen auf den Tisch zu legen:

„Luxembourg Finance Minister Luc Frieden said it was enough that European countries had sketched out their intentions. Putting the figures in this text at this moment would have been preferred but it is

not essential, he said. The essential thing is that we want a European response and that Europe must play a leading role in the fight against climate change.”

Auf dieser Basis kommen wir beim weltweiten Klimaschutzabkommen keinen Schritt weiter, sondern höchstens einen Schritt näher an den Abgrund einer weltweiten Klimakatastrophe, Herr Frieden !

Der gestrige ECOFIN-Rat hat klar gemacht, dass die EU nicht gewillt ist, für ihr klimaschädigendes Wirtschaften in den letzten 100 Jahren die Verantwortung zu übernehmen. Die Zeche dafür werden die Entwicklungsländer bezahlen müssen.

Die benötigten Gelder, die die EU jährlich zur Verfügung stellen müsste, würden sich auf schätzungsweise 35 Milliarden Euro im Jahr 2020 belaufen. Umgerechnet auf jeden EU-Bürger sind das durchschnittlich 20 Cents pro Tag. D.h. eine der reichsten Regionen der Welt ist nicht in der Lage, pro Einwohner und Tag 20 Cents aufzubringen, um Milliarden Menschen eine Chance zu geben, sich vor den katastrophalen Auswirkungen des Klimawandels, den diese ja nicht mal verursacht haben, zu wehren. Armes Europa !

Dies sind sehr düstere Voraussetzungen für ein weltweites Abkommen im Dezember in Kopenhagen. Wenn nicht noch beim Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs in der nächsten Woche ein Wunder geschieht, müssen wir leider konstatieren, dass die EU in ihrer so vielzitierten Vorreiterrolle versagt hat und für ein immer wahrscheinlicher werdendes Scheitern von Kopenhagen einer der Hauptverantwortlichen ist.

1. *Dans le cas où Copenhague aboutit à un accord global juridiquement contraignant et suffisamment ambitieux, incluant tous les pays, l'Union Européenne s'est engagée à passer d'un objectif de réduction de ses émissions de gaz à effet de serre (GES) de 20% à 30% d'ici 2020 par rapport à 1990, si d'autres pays développés font des efforts comparables. Dans son programme gouvernemental le Gouvernement indique que dans ce contexte, il est prêt à adopter un objectif identique au niveau national. Dès lors, sous quelles conditions le Luxembourg devrait-il accepter un objectif de réduction de 30% d'ici 2020?*

2. *En cas d'échec de Copenhague, et si cela s'avère la seule option, le Luxembourg et l'Union Européenne devraient-ils poursuivre les négociations dans le cadre du protocole de Kyoto, et accepter un simple amendement avec des objectifs chiffrés de réduction des émissions de GES1 d'ici 2020 pour les pays industrialisés, même sans les Etats-Unis ? Dans ce contexte, il est rappelé que l'Union Européenne s'est déjà engagée unilatéralement à réduire ses émissions de 20% d'ici 2020 par rapport à 1990.*

3. *Les objectifs adoptés au titre du protocole de Kyoto ne tiennent pas compte des émissions des secteurs maritimes et aériens, mise à part les émissions de l'aviation intérieure. Au niveau communautaire, les activités aériennes seront intégrées dans le système d'échange de quotas d'émission de GES à partir du 1er janvier 2012. L'Union Européenne a toujours soutenue l'idée d'une inclusion de ces deux secteurs dans le cadre d'un accord global à Copenhague. Quels pourraient être les avantages ou risques pour les secteurs aériens et maritimes au niveau national, si tel n'était pas le cas?*

Wozu dieses Hearing und die erst im November stattfindende Parlamentsdebatte über Kopenhagen, könnte man sich nach all dem vorhergesagten fragen. Eigentlich hätte dieser Prozeß bereits Anfang

¹ GES : Gaz à effet de serre

dieses Jahres stattfinden müssen, als die EU ihre internen Verhandlungen für eine gemeinsame Position für Kopenhagen aufgenommen hat. Jetzt, da die gemeinsame EU-Position Ende Oktober finalisiert wird, erscheint die Parlamentsdebatte Mitte November wie der vielzitierte „Moutarde après Diner“.

Dennoch sind wir der Meinung, dass es wichtig ist, diese Debatte zu führen. Ein Scheitern in Kopenhagen kann leider nicht mehr ausgeschlossen werden. Doch es darf es kein Scheitern beim Klimaschutz geben !

Auch wenn es nicht gelingen sollte, ein starkes weltweites Klimaabkommen unter der Leitung der Vereinten Nationen zustande zu bekommen, so muss die EU alles daran setzen - notfalls ohne die USA - den Klimaschutz voranzutreiben, gemeinsam mit den grossen Schwellenländern wie China und Indien.

Die Folgen eines gefährlichen Klimawandels allein ist schon Grund genug zu handeln. An dieser Stelle möchten wir unsere Forderung nach einem „Alleingang“ der EU in Sachen Klimaschutz, sollte Kopenhagen scheitern oder nur ein fauler Kompromiss herauskommen, noch in einen anderen Kontext setzen, nämlich den unserer Energieversorgung und wirtschaftlichen Entwicklung.

Neben der Pleite von Lehman Brothers gab es im Herbst 2008 noch eine weitere Nachricht, die unsere Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft eigentlich genauso hätte wachrütteln müssen, die aber nur vergleichsweise geringe Beachtung fand. Und doch stehen beide in engem Zusammenhang.

Im November 2008 stellt die Internationale Energieagentur ihren Bericht „World Energy Outlook 2008“ vor. Darin warnt die bislang so optimistische IEA davor, dass die Erdölreserven doppelt so schnell zur Neige gehen wie bislang angenommen, mit weitreichenden Folgen für unsere Volkswirtschaften, deren Funktionieren in großem Maße vom Erdöl abhängt:

„Das Weltenergiesystem steht an einem Scheideweg. Die derzeitigen weltweiten Trends von Energieversorgung und –verbrauch sind eindeutig nicht zukunftsfähig, in ökologischer ebenso wie in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht. Das kann jedoch – und muss auch – geändert werden. Noch ist Zeit für einen Kurswechsel. Es ist keine Übertreibung zu behaupten, dass das zukünftige Wohlergehen der Menschheit davon abhängt, wie gut es uns gelingt, die zwei zentralen Energieherausforderungen zu bewältigen, vor denen wir heute stehen: Sicherung einer verlässlichen und erschwinglichen Energieversorgung und rasche Umstellung auf ein CO₂-armes, leistungsfähiges und umweltschonendes Energieversorgungssystem. Dazu bedarf es nichts Geringerem als einer Energierevolution.“

Bereits im August hatte der Chef-Ökonom der IEA, Fatih Birol, in einem Gespräch mit der Financial Times Deutschland vor den Auswirkungen steigender Erdölpreise auf den wirtschaftlichen Aufschwung gewarnt.

„Die großen Ölfelder gehen zur Neige; ihre Ausbeute sinkt Jahr für Jahr um rund sieben Prozent. Um den Niedergang auszugleichen, müssen in den kommenden zwei Dekaden Vorkommen mit einer Gesamtförderung von 45 Millionen Barrel pro Tag erschlossen werden - die sechsfache Produktion Saudi-Arabiens.“

Die IEA, so Birol, befürchtet mittelfristig Versorgungsengpässe: "Wenn die Trends anhalten, werden wir in wenigen Jahren neue Preisspitzen sehen". Birol sieht die Verbraucherstaaten im Teufelskreis. "Sobald sich eine wirtschaftliche Erholung abzeichnet, steigt der Ölpreis und bremst den Aufschwung wieder." Als Auswege nannte er unter anderem eine erhebliche Reduzierung des Erdölverbrauchs.

Zum ersten Mal hat die IEA 2008 einen Zeitpunkt für „Peak Oil“ genannt: etwa um 2020. Doch schon für 2015 prognostiziert die IEA ein Defizit zwischen Produktion und Bedarf an Erdöl von fast 8 Prozent des weltweiten Erdölverbrauchs.

Eine nächste Ölkrise steht uns kurz bevor, mit den resultierenden Preisanstiegen und deren Auswirkungen auf die Wirtschaft. Peak Oil ist vielleicht noch zehn Jahre entfernt, doch eine Umstellung unserer Volkswirtschaften passiert nicht von heute auf morgen.

Das Zeitalter des billigen Öls vorbei ist. Bereits im letzten Jahr hatten wir einen ersten Vorgeschmack davon. Und wir brauchen für die Umstellung unserer Volkswirtschaften viel Vorlaufzeit.

Doch obwohl unsere politisch Verantwortlichen dies eigentlich wissen müssten, tun sie so, als würde uns das alles nichts angehen. Wir halten weiter fest an dem massiven Verbrauch von Mineralölprodukten, sei es für den inländischen Transport, sei es, um unsere Staatskasse zu füllen oder sei es beim Flugverkehr, dessen Rolle als Standbein des luxemburger Logistikbereichs – wie im Regierungsprogramm zu lesen ist – weiter gefestigt werden soll.

Klimaschutz, Energieversorgungssicherheit und wirtschaftliche Entwicklung sind also drei Herausforderungen, die zusammenhängen und die wir gemeinsam angehen können und müssen.

Was bedeutet das für die EU ?

Die EU darf sich nicht auf den 20-20-20-Beschlüssen vom Dezember 2008 ausruhen, sondern muss – mit oder ohne Kopenhagen-Abkommen - diejenigen Reduktionsmaßnahmen beschliessen, die aus wissenschaftlicher Sicht notwendig sind, und das bedeutet eine Reduktion der THG-Emissionen um 40% bis 2020, wovon der grösste Teil innerhalb der EU erreicht werden muss.

Wir brauchen eine sofortige Umorientierung der Investitionspolitik in der EU. Kohlenstoffarme Technologien und Strukturen zur Erzeugung von Energie und deren Verteilung müssen massiv gefördert werden. Subventionen für klimaschädliche und gefährliche Technologien und Projekte müssen beendet werden. Wir brauchen politische Rahmenbedingungen, die die Entwicklung und Verwendung energieeffizienter Technologien, die Umsetzung von Energiesparmaßnahmen in allen Bereichen und die Erneuerbaren Energien – sowohl bei den Haushalten als auch bei Handwerk und Industrie - gezielt fördern. Wir brauchen neue Konzepte in der Verkehrspolitik, sowohl was den öffentlichen PNV als auch den Schwertransport betrifft.

Ferner muß die EU endlich wirksame Instrumente umsetzen, damit die THG-Emissionen, die durch Luft- und Schiffsverkehr hervorgerufen werden, auch tatsächlich reduziert werden. Alleine der Flugverkehr ist nach neuesten Angaben des IPCC für ca. 5% der weltweiten THG-Emissionen verantwortlich. Zwar hat die EU den Flugverkehr im vergangenen Jahr in den Emissionshandel miteinbezogen, jedoch sind die Bestimmungen der Direktive völlig unzureichend und tragen nicht zur THG-Reduzierung im Flugverkehr bei, im Gegenteil, es ist damit zu rechnen, dass sich die Emissionen des Luftverkehrs zwischen 2005 und 2030 quasi verdoppeln.

Laut EU-Kommission sind die Konsequenzen des Emissionshandels für die Fluggesellschaften vernachlässigbar. Die Kosten, mit denen dieser Sektor rechnen muss, bewegen sich im Bereich von 2-3 Cents pro Liter Kerosin. Diese werden auf die Kunden abgewälzt werden. Darüber hinaus können die Fluggesellschaften, da sie 85% ihrer Emissionsrechte gratis zur Verfügung gestellt bekommen, ähnlich wie beispielsweise die Stromerzeuger in Europa mit enormen Windfall-Profits rechnen.

Europa muss auch in Punkto Luft- und Schiffsverkehr Farbe bekennen: welche Transportpolitik wollen wir ? Wollen wir zwei zutiefst klimaschädigende Sektoren auch weiterhin durch Ausnahmeregeln beim Klimaschutz protegieren ?

Müsste nicht schnellstens für den Luftverkehr die Kerosinsteuer eingeführt werden, um nicht zuletzt auch die Wettbewerbsverzerrung gegenüber anderen Transportmitteln zu beenden ?

Was bedeutet das Vorangesagte für Luxemburg ?

Bereits im Vorfeld der Parlamentswahlen hat Votum Klima eine Verringerung der luxemburgischen Treibhausgasemissionen um mindestens 30% bis 2020 gefordert, wobei die Betonung darauf liegt, dass diese Reduktionen ausschließlich durch inländische Maßnahmen erzielt werden müssen.

Unsere Forderung nach einer Verringerung der THG-Emissionen von mindestens 30% ist auf der wissenschaftlichen Notwendigkeit begründet. Eine Verringerung der Emissionen um 30% stellt außerdem keine Verschärfung, sondern de facto eine Verlängerung der Frist für die Einhaltung der Kyoto-Ziele dar. (siehe Graphik in der Broschüre Votum Klima, Seite 12)

Laut Kyoto-Vereinbarung muss Luxemburg bis 2012 seine Emissionen auf 9,48 Millionen Tonnen reduzieren. Das derzeitige Ziel, das Luxemburg im Rahmen seiner EU-Verpflichtungen 20-20-20 erfüllen muss, ist minus 20% bis 2020. Minus 20% bis 2020, im Vergleich zu 2005, bedeutet aber weniger Reduktionen als die Kyoto-Vorgaben von -28% im Vergleich zu 1990. Anstatt nur 9,48 Millionen Tonnen jährlich dürfen wir sogar 10,59 Millionen Tonnen pro Jahr ausstoßen!

Würde Luxemburg sich für ein Reduktionsziel von minus 30% (9,29 Millionen Tonnen für den Nicht-ETS- als auch für den ETS-Sektor zusammengerechnet) verpflichten, so würde das lediglich eine geringfügige Erhöhung der Kyoto-Verpflichtung bedeuten! Und wir hätten sogar noch 7 Jahre länger Zeit, diese Verpflichtung zu erfüllen !

Doch nicht nur unsere THG-Reduktionsziele müssen endlich zuhause umgesetzt werden. In allen Bereichen muß eine kohärente Klimaschutzpolitik, so wie dies auch im Regierungsprogramm festgeschrieben steht, durchgeführt werden.

Der schrittweise Ausstieg auf dem Tanktourismus gehört ohne Frage zu den Prioritäten, ohne ihn sind unsere Klimaschutzziele nicht erreichbar. Der Steigerung der Energieeffizienz muss eine hohe Priorität eingeräumt werden. Ohne eine Steigerung der Energieeffizienz wird sich bei durchschnittlichem Wirtschaftswachstum unser Energieverbrauch bis zum Jahr 2050 schätzungsweise um ein Viertel erhöhen. Auch der Ausbau bei den erneuerbaren Energien muss umgehend beschleunigt werden.

Kohärenz betrifft jedoch nicht nur den inländischen Klimaschutz, sie betrifft auch die Frage, ob die luxemburger Regierung Investitionen in ausländische Kohlekraftwerks-Projekte unterstützen darf. Sie betrifft z.B. auch die Rolle des Flugverkehrs, dessen Emissionen im Jahr 2006 mehr als 9% der luxemburgischen Gesamtemissionen betragen.

Der Emissionshandel für den Luftverkehr wird ab 2011 / 2012 dem Land wahrscheinlich einen schönen Geldsegen bescheren – ein Geldsegen, dessen Quelle jedoch auch schnell versiegen könnte.

Ob und welche Vorteile das Zustandekommen oder Nichtzustandekommen eines internationalen Klimaschutzabkommens, das den Flug- und Schiffsverkehrs miteinbezieht, kann an dieser Stelle nicht beurteilt werden. Dies hängt im wesentlichen von den Vorgaben eines solchen Abkommens ab. Es besteht schliesslich ein Unterschied darin, ob man für diese beide Sektoren weltweit strenge Reduktionsziele vereinbart, oder ob man nur ein Paar Emissionszertifikate versteigern lassen will.

Wir wagen an dieser Stelle jedoch zu behaupten, dass die Gefahren eines explodierenden Treibstoffpreises für die luxemburgischen Fluggesellschaften wesentlich grösser sind als die Klimaschutzbeschlüsse, die man auf internationaler Ebene für den Luftverkehr erwarten kann. Dazu braucht man nur einen Blick in den Jahresbericht der Cargolux zu werfen. Fast die Hälfte der Betriebskosten der Cargolux sind schliesslich die Treibstoffkosten.

Wenn Luxemburg eine kohärente Klimaschutzpolitik betreiben will, so werden sich die politisch Verantwortlichen, ähnlich wie beim Treibstoffexport, über kurz oder lang damit auseinander setzen müssen, wie man den drohenden Anstieg der THG-Emissionen im Bereich des Luftverkehrs auch tatsächlich reduzieren kann.

Votum Klima hat deutlich gemacht, dass ein Reduktionsziel von minus 30% bis 2020 machbar ist und das Land sogar über noch größere Reduktionspotentiale verfügt.

Wir betonen in diesem Zusammenhang ausdrücklich, dass wir das Argument von Politik und Wirtschaft, dass Luxemburg eine Sonderposition einnimmt, nicht akzeptieren können.

Luxemburg hatte bereits Mitte der 90er Jahre sein Kyoto-Ziel erreicht. Die hohen Treibhausgasemissionen sind keine „höhere Gewalt“, sondern das Ergebnis einer gezielten, wenn auch fehlorientierten Finanzpolitik.

Eine Abhängigkeit, die uns jetzt in mehrfacher Hinsicht teuer zu stehen kommt: Da ist zum einen die Abhängigkeit der Staatsfinanzen vom Treibstoffexport, dessen Erträge in den kommenden Jahren aufgrund der Harmonisierung der Dieselakzisen sinken und ein Loch in der Staatskasse aufreißen werden.

Darüber hinaus ist zu befürchten, dass schon bald mit einem Anstieg der Energiepreise gerechnet werden muss. Ölpreise von 150 Dollar pro Barrel und mehr werden dann an der Tagesordnung sein und den Verbrauch von Diesel, Benzin und Kerosin deutlich einbrechen lassen. Welche Auswirkung wird dies auf die Einnahmen durch den Verkauf von Mineralölprodukten haben ?

Damit Luxemburg seine Kyoto-Ziele erfüllen kann, muss es für viel Geld Emissionsrechte einkaufen; auf diesen Punkt wird Dietmar Mirkes noch im Detail eingehen.

Und nicht zuletzt werden Haushalte, Betriebe und Industrie mit hohen Energiepreisen konfrontiert werden, mit all den wirtschaftlichen Folgen.

Wir müssen uns so schnell wie möglich diesen Herausforderungen stellen und können nicht abwarten, bis unsere Haushalte unter explodierenden Kosten, unter Energiearmut und die Betriebe unter steigenden Produktionskosten ächzen werden.

Im Regierungsprogramm ist auf Seite 4 zu lesen:

„Le Gouvernement initiera un projet de loi relative à la protection nationale. La loi en question mettra en place une structure de protection nationale et en définira les compétences et les mécanismes selon lesquels elle interviendra. La mission de cette structure consistera à prévenir les crises de grande envergure, qui entre autres menacent les intérêts vitaux ou les besoins essentiels de tout ou partie du pays et de sa population, respectivement à protéger le pays et la population contre les effets d'une telle crise.“

Wir hoffen, dass es deutlich geworden ist, dass es in einem Gesetz zur „Protection nationale“ nicht nur um die Zukunft unseres Finanz- und Wirtschaftssektors gehen darf. Die Klimakrise mit ihren Auswirkungen auch für Luxemburg genauso wie die drohende Energiekrise gehören zweifelsohne mit zu den „Intérêts vitaux“ bzw. den „Besoins essentiels“, die für unser Land und unsere Bevölkerung wichtig sind.

Votum Klima würde es sehr begrüßen, wenn die luxemburgische Abgeordnetenversammlung dies zum Anlaß nehmen würde, eine neue Ära beim Klimaschutz einzuläuten. Eine Ära, in der Klimaschutz und Energiepolitik nicht länger hinter verschlossenen Türen entschieden werden.

Eine Ära, in der Transparenz und Kohärenz der luxemburgischen Klimaschutzpolitik, sei es auf nationalem Niveau, sei es in Brüssel, gewährleistet werden, eine Ära, in der eine öffentliche Diskussion über die nationale Klimaschutzpolitik stattfindet.

Abgeordnete und die Regierungsmitglieder sind zwar nur für die Dauer der nächsten 5 Jahre gewählt. Doch die Entscheidungen, die die Regierung und das Parlament in den nächsten 5 Jahren fällen werden, werden über das Wohl oder Wehe zukünftiger Generationen entscheiden.

Votum Klima bietet hiermit seine Unterstützung bei der Bewältigung dieser Herkules-Aufgabe an.

4. *Pour que les pays de l'annexe I (pays industrialisés) atteignent leurs objectifs de façon économiquement efficace, le protocole de Kyoto a défini, en complément des efforts à fournir au niveau national, trois mécanismes internationaux, connus sous le nom de mécanismes de flexibilité : l'échange international de droits d'émission de GES d'une part, et deux mécanismes de projet, d'autre part : la mise en œuvre conjointe (« Joint Implementation-JI ») et le mécanisme pour un développement propre (« Clean Development Mechanism-CDM »). Quelle est votre appréciation de ces mécanismes de flexibilité, y compris les puits de carbone (projet de boisement/reboisement) ?*

Bis Dez. 08 hat Luxemburg Emissionsrechte in Höhe von über 5 Mio Tonnen erworben oder deren Erwerb vereinbart, zu . Diese decken ein Viertel unseres Reduktionsziel bis 2012 ab. Laut Allokationsplan und den Angaben, die Lux. alljährlich an die EU macht, ist vorgesehen, das Reduktionsziel komplett über den Einkauf abzudecken ; dies bedeutet, weitere 20 Mio Tonnen einzukaufen. Für die bisherigen Käufe wurden schätzungsweise 50 Mio Euro ausgegeben ; es kämen dann bis Ende 2012 noch etwa 180 Mio Euro dazu. Wir reden also hier über Ablaß, der uns letztendes über eine Viertelmilliarde Euros kosten wird.

Überträgt man die Ergebnisse internationaler Untersuchungen an die Projekte, aus denen « unsere » Rechte stammen, dann kann man davon ausgehen, dass über ein Drittel der Rechte « Klima-Falschgeld » sind, weil die Projekte nicht zusätzlich oder unseriös sind. Dafür hat die bisherige Regierung fast 20 Mio € ausgegeben. Wenn die neue Regierung so weitermacht, wird sie nochmal über 50 Mio € für Falschgeld auf den Tisch legen.

Darunter fallen zB Senken, das sind Monokulturen, meist aus Eukalyptus, die CO2 relativ schnell binden. Die EU-Kommission bezeichnet Senken als Speicher, « *die nur vorübergehender und umkehrbarer Art sind und daher in einem unternehmensgestützten Handelssystem erhebliche Gefahren darstellen und die Mitgliedsstaaten mit großen Haftungsrisiken konfrontieren.* » Da die Rechte aus Senken aber (mit ca. 4 \$ pro Tonne) so schön billig sind, hat die vorherige Regierung für 5 Mio \$ mehr als doppelt so viel Senkenrechte gekauft wie die Vereinbarungen von Marrakesch es erlauben, und damit 2 Mio € zum Fenster hinausgeworfen. **Wir fordern einen sofortigen Verkauf der Senkenrechte.**

Das Hauptproblem ist jedoch nicht die Verschwendung von Geld, sondern von Zeit: Nur ein Fünftel der 5 Mio Credits, die Lux. gekauft hat, gleicht jetzt unsere Emissionen durch reale Reduktion anderswo aus, das sind vor allem diejenigen, die in den Methodengruppen Landfill Gas Capture und Waste Management das Deponie- und Zersetzungsgas Methan einfangen und verbrennen. Alle anderen – vor allem diejenigen, die mit erneuerbaren Energien Strom erzeugen – reduzieren nicht unsere Emissionen : Durch den Bau eines Wasserkraftwerks in China wird dort kein Kohlekraftwerk stillgelegt, sondern es werden bei der wachsenden Stromerzeugung ab morgen im Strommix weniger Treibhausgase emittiert. Das ist zwar notwendig und gut, aber nicht hinreichend, um den Klimawandel aufzuhalten. Denn es ist ja gerade der Umfang der heutigen (und der vergangenen) Emissionen, der schon zu hoch ist und den Klimawandel verursacht hat und weiter verstärkt. Wenn wir so wie bisher fortfahren, jährlich 30 Mrd Tonnen Treibhausgase zu emittieren, steigt ihr Anteil in der Luft jedes Jahr um 2 ppm (zwei Millionstel Anteile), und in 30 Jahren haben wir den verbleibenden Spielraum von 60 ppm aufgefüllt und die 450 ppm erreicht, die die Wissenschaftler als Maximum definiert haben. Und was dann ? Mit der rechnerischen « Klimaneutralität » durch Emissionshandel werden wir den Klimawandel nicht aufhalten.

Nein - wir müssen die Emissionen hier bei uns real reduzieren – nur das ist hinreichend, um das Klimaproblem zu lösen, und aus diesem naturwissenschaftlichen Grund haben wir Industrieländer und wir Luxemburger uns in der Klimarahmenkonvention und im Kyoto-Protokoll zur Reduktion verpflichtet. Dies ist auch der Grund, warum Art. 6 des Kyoto-Protokoll in Absatz 1.d) festlegt, dass der Erwerb von Emissionsrechten nur « zusätzlich » zu den inländischen Reduktionen erfolgen soll.

Aber wir halten unsere Verträge nicht, und es ist aus unserem bisherigen Verhalten nicht glaubhaft ableitbar, dass wir den Gipfel unserer Emissionen innerhalb der nächsten Jahre überschreiten werden und schon gar nicht, dass wir unsere Emissionen bis 2050 um 80% reduzieren können. Das ist der Kern des Vorwurfs der Entwicklungsländer an die Industrieländer. Und warum wir – die wir zahlenmäßig zwar nicht ins Gewicht fallen – politisch und moralisch jedoch eine volle Mitschuld an einem eventuellen Scheitern von Kopenhagen tragen.

VotumKlima fordert ein Moratorium für den Einkauf weiterer Rechte, bis sichergestellt ist, daß im Inland eine 30%ige Reduktion der Treibhausgasemissionen erreicht wird und die Regeln, wie Emissionsrechte erzeugt und eingekauft werden, grundlegend überarbeitet und seriöser, nachhaltiger und demokratischer gestaltet worden sind.

5. *Conformément aux directives de la CCNUCC², les inventaires nationaux de GES doivent inclure les émissions provenant de toutes les sources fixes / de production sur le territoire national, alors que pour les émissions provenant des transports, il faut prendre en compte les ventes de carburants (principe de territorialité). Quelle est votre appréciation de cette méthode de calcul en général et pour le Luxembourg en particulier ?*

Bei einem internationalen Vertrag mit so vielen Staaten können nur einheitliche Prinzipien der Anrechnung der Treibhausgas-Emissionen gelten – entweder gilt für alle das Export- oder für alle das Import-Prinzip. Niemand kann sich einmal hier und das andere Mal da die Rosinen rauspicken. Das Lamentieren über die « atypische Situation » oder der « Spezifität » ist – sowohl aus realpolitischer als auch aus ökologischer Sicht - schlicht Quatsch. Es handelt sich hier nicht um ein geographisches oder historisches Schicksal, sondern hausgemachte Steuerpolitik. Ein kleines Land muss nicht zwangsläufig niedrigere Steuern auf Treibstoffe haben wie seine Nachbarn. Es ist einfach der bequemere Weg, um an Geld zu kommen.

Seien wir froh, dass das Kyoto-Protokoll auf dem Territorialprinzip aufgebaut ist. Wäre umgekehrt das Importprinzip die Regel, die weltweit gilt, dann müssten all die Länder mit einem hohen Konsumniveau für den ökologischen Fussabdruck der Produkte, die sie importieren, bezahlen. Die Chinesen befürworten mittlerweile dieses Prinzip mit dem Argument, der Kunde, der nachfragt und konsumiert, trägt die Verantwortung und nicht der Produzent. Das Territorial- oder Exportprinzip begünstigt die Industrieländer. Die Umweltverwaltung sollte ihre knappen personellen Ressourcen nicht mehr mit der Suche nach Begründungen für Ausnahmefälle vergeuden, sondern sich auf die Reduktion von Treibhausgasen konzentrieren.

Das einleuchtendste Beispiel für die realpolitischen Vorteile des Territorialprinzips ist die Landwirtschaft : Sie produziert rd. 15 % der globalen Emissionen – 1 kg Dünger belastet die Luft mit 10 kg CO₂. Der hohe Viehbestand und die damit verbundenen Importe von Futtermitteln sind weitere Hauptemissionsquellen. Biolandbau hingegen reduziert die Emissionen um über die Hälfte und baut den Humus auf, so dass auf einem Hektar über 1 Tonne CO₂ gebunden werden kann. Wir brauchen daher als Leitbild die Biologische Landwirtschaft, und dies kann nur nach dem Territorialprinzip eine angerechenbare Option sein.

² CCNUCC/UNFCCC : Convention-cadre des Nations Unies sur les Changements Climatiques / United Nations Framework Convention on Climate Change

6. Avec une aide publique au développement (APD) de 0,96% du RNB, le Luxembourg est parmi les pays les plus généreux au Comité d'Aide au Développement de l'OCDE, la moyenne se situant autour de 0,28% en 2007. La question du financement des mesures d'atténuation et d'adaptation aux conséquences du changement climatique est centrale à la négociation en vue de Copenhague. Le financement devrait être assuré par des ressources nouvelles, additionnelles et prévisibles. La Commission Européenne, dans une communication récente, a estimé les besoins à 100 milliards d'euros par an d'ici 2020. Dans le cadre de la répartition de la charge entre les pays, devrait-il être tenu compte de l'effort fourni par ceux qui ont déjà atteint ou dépassé une APD de 0,7% ? Dans le contexte général de l'évolution de l'APD luxembourgeoise, pourrait-on envisager d'augmenter la part affectée aux mesures de lutte contre le changement climatique, par exemple en mettant en œuvre des projets qui seront enregistrés comme projet de mécanisme pour un développement propre (clean development mechanism) ?

Entwicklungshilfe und Adaptationsmittel sind zwei grundverschiedene Dinge, die zwar ähnliche Zielgruppen erreichen sollen, aber aus ganz anderen Ursachen : Die Anpassung an den Klimawandel ist für viele Entwicklungsländer bereits jetzt ein unausweichliche Notwendigkeit infolge unserer Emissionen. Es handelt sich hierbei um einen Beitrag zu einer Schuld, die wir nach dem Prinzip « Pollueur – Payeur » aus dem Kyoto-Fonds bezahlen müssen. Die Begründung ist anders, also muß auch die Herkunft des Steueraufkommens anders und ihre Transparenz gewährleistet sein.

Wenn die Regierung nun versucht, sich die 0,2 % Entwicklungshilfe, um die Luxemburg mit seinen 0,9 % über der EU-Zielmarke von 0,7% des Bruttoinlandproduktes liegt, auf die Adaptionsmittel anrechnen zu lassen, dann ist dies der Versuch der Fahrerflucht, um sich vor seinen Schulden zu drücken. Wir sind am Klimawandel mit schuld und müssen daher auch dem Anteil unserer historischen Emissionen und unserer ökonomischen Fähigkeit, entsprechend die Beiträge den europ. Klima-Anpassungs-Fond leisten,

Eine gegenseitige Anrechnung wäre auch Steuerschwindel und würde das Votum der Chambre unterlaufen, am 1%-Ziel für die Entwicklungshilfe festzuhalten. Selbstverständlich soll bei der Verwendung der Entwicklungshilfegelder berücksichtigt werden, dass finanzierte Projekte sich an veränderte Rahmenbedingungen durch den Klimawandel anpassen – dies ist jedoch eine andere Sache und hat nur mit professioneller Entwicklungsarbeit zu tun.

CDM-Projekte haben per se nichts mit Anpassung an den Klimawandel zu tun ; sie sind so konzipiert, dass sie Emissionen einsparen sollen und dürfen auch nicht durch Kooperations-gelder kofinanziert werden. Den Kauf von Emissionsrechten gar als Entwicklungshilfe zu zählen, wäre dreist. Der geringe Prozentsatz von 2 %, der vom Verkauf der Emissionsrechte für den Adaptationsfonds hereinkommt, reicht nicht als Legitimation für eine Ausweitung des Emissionshandels aus.

Es gilt also, glasklar die drei Dinge Entwicklungshilfe, Adaptationsmittel und Emissions-handel auseinanderzuhalten – alles andere ist Etikettenschwindel mit öffentlichen Geldern.

7. La question de la gestion des nouveaux flux financiers s'avère importante. Serait-il préférable de travailler avec les institutions et mécanismes existants, déjà utilisés sous la convention-cadre des Nations Unies sur les changements climatiques et le protocole de Kyoto, voire avec des institutions financières internationales, ou de créer de nouveaux processus / mécanismes, tel un fonds mondial pour le climat ?

Trois options sont mises sur la table:

Nous sommes d'avis que ces flux financier importants ne doivent pas administrés par les **institutions financières internationales** (càd Banque mondiale et Fonds mondial) à cause de leur manque de légitimation démocratique. Il est certes vrai que les pays émergents y ont gagné récemment en poids, mais les pays les plus vulnérables face au changement climatique y restent sous-représentés.

Les politiques conseillées aux pays en voie de développement dans le passé par la Banque mondiale et le Fonds monétaire ont fait qu'aucune relation de confiance ne peut être envisagée. Cette voie est donc certainement à rejeter.

Pour ce qui est des **mécanismes et institutions existantes**, il est à notre avis indispensable d'éviter les paradigmes de type « aide » qui restent dominants dans la mise en oeuvre de la coopération au développement, c'est-à-dire les canaux bilatéraux et les fonds contrôlés par les bailleurs de fonds. Actuellement, il n'existe pas de voie unique dans la mise en place d'un budget pour l'adaptation. Devant l'enchevêtrement des canaux de l'aide, il est impossible de déterminer quels gouvernements ont et n'ont pas réalisé leurs engagements. À ce jour, moins de la moitié des fonds promis pour le financement de l'adaptation a été débloquée. La voie bilatérale n'est donc pas de mise (un argument en plus pour refuser tout mélange entre fonds de la coopération et fonds d'adaptation).

Par contre il serait opportun de s'inspirer d'autres mécanismes de financement internationaux, tels que le Fonds mondial de lutte contre le sida, la tuberculose et le paludisme. Il s'agit là également du résultat d'un effort unifié et décisive de la communauté internationale. Un tel **fonds mondial pour le climat** doit être mis en place rapidement et devra être géré sous l'autorité de la CCNUCC. Il doit être dirigé de manière équitable et géré selon des modalités simplifiées et transparentes en mettant l'accent sur les principes de subsidiarité (c'est-à-dire responsabilisation des autorités nationales pour les programmes), de transparence et de redevabilité vis-à-vis des bailleurs de fonds et des pays mettant en oeuvre les programmes.

8. Le financement des mesures nationales et internationales à mettre en oeuvre pour atteindre nos objectifs Kyoto et post-Kyoto doit également être assuré. Quels instruments devraient être développés et quelles voies nouvelles être examinées dans ce contexte ?

Cette question peut étonner face à des primes à la casse de voiture. Cette prime constitue dès le départ une destruction massive de ressources fiscales (les bénéficiaires reçoivent certes un subside, mais doivent en contrepartie détruire un bien d'investissement qui est en état de fonctionnement et qui représente une valeur économique et d'utilisation). A cela s'ajoute que la prime incite les ménages privés à investir une partie substantielle de leur épargne dans un produit de consommation dont l'utilisation n'est pas seulement contraire aux priorités de la lutte contre le changement climatique mais dont la valeur économique se réduit de moitié en quelques mois. En dehors de ces questions d'efficacité « climatique », il faudrait également considérer les aspects d'équité sociale.

Cette question peut évidemment aussi étonner face au gaspillage massif de fonds nationaux dans les projets « CDM » qui produisent selon les rapports récents essentiellement du vent chaud, mais pas de réductions d'émissions.

Il est à notre avis indispensable de réorienter le plan de relance économique et donc de vérifier que les investissements faits dans ce cadre soient conformes à court, **moyen et long terme** à la lutte contre le changement climatique.

Il faudrait également considérer la réforme fiscale écologique de façon sérieuse afin d'orienter activement les comportements de l'industrie et des citoyens en direction d'une réduction de la consommation de ressources et de l'énergie. Une telle réforme fiscale devrait également comprendre une plus importante progressivité des contributions en fonction des revenus et des patrimoines. Toutefois, la réforme fiscale écologique doit être complétée par des normes industrielles plus strictes et plus contraignantes pour ce qui est de l'efficacité énergétique et des ressources. Le Luxembourg doit s'y engager à travers l'Union Européenne

Il nous paraît dès lors indispensable de mettre aux enchères l'intégralité des droits d'émission, y compris celles destinés à l'aviation et au transport maritime. Il s'agit là d'une condition essentielle pour assurer le bon fonctionnement du marché carbone européen. Au Luxembourg, les recettes

levées spécifiquement dans le contexte de la lutte contre le CC devraient alimenter le fonds Kyoto (dont la gestion devrait être soumise à des règles plus démocratiques, c'est-à-dire avec inclusion de la Chambre des Députés dans les processus décisionnels). Ceci permettrait d'identifier de façon transparente l'effort nécessaire pour la lutte contre le CC et l'orientation des flux financiers destinés à cet effort.

Finalement des voies nouvelles doivent être examinées parmi lesquelles **des taxes sur les transactions financières internationales** tels que celle sur les transactions de change promu récemment par un grand nombre de Ministres des Finances européens. Les recettes de telles taxes levées au niveau international devraient servir à financer un fonds mondial de lutte contre le changement climatique.

9. Le programme gouvernemental prévoit l'élaboration d'un 2^{ème} plan d'action national en vue de réduire les émissions de GES, visant à poursuivre les mesures déjà mises en œuvre ou à proposer de nouvelles mesures. Selon vous, quels sont les problèmes pour atteindre notre objectif « Kyoto », à savoir une réduction des émissions de GES de 28% en 2008-2012 par rapport aux niveaux de 1990? Quels sont les secteurs qui devraient être traités en priorité, quelles mesures seraient à renforcer respectivement à mettre en œuvre et comment ?

En 1997, à l'adoption de cet objectif « de réduction » de 28%, le Luxembourg venait de fermer ses hauts-fourneaux ce qui lui permettait d'avoir réalisé la quasi-totalité des réductions nécessaires au moment même de la décision. Vu sous cet angle, notre objectif était moins un objectif de réduction, mais plutôt de « stabilisation ». Pourtant, il est vrai que nous n'avons même pas réussi ce défi.

Evidemment on peut identifier les secteurs responsables de la foudroyante augmentation des émissions depuis la fin des années 90 et trouver que elle est notamment due au transport...

A votre avis, de telles analyses sont importantes (voir à cet effet le travail réalisé par le Votum Klima), mais passent à côté des raisons fondamentales:

- le plan d'action national mis en place n'était pas suivi d'un monitoring régulier et aucune modification des politiques industrielles et de mobilité n'était mise en place pour atteindre les objectifs : un plan national doit donc être complété par un jeu complet d'indicateurs, de mécanismes de suivi et d'évaluation et il doit mener à des changements de priorité dans les politiques ;
- le plan national manque cruellement de débat démocratique. Ce débat doit évidemment commencer au niveau de la Chambre des Députés par un effort de transparence et de redevabilité plus importante de la part du gouvernement, mais à notre avis le débat doit également être porté au niveau des citoyens. Le Panel 180 est un bon exemple comment ceci peut se faire et quelle impressionnante mobilisation des gens une telle démarche peut entraîner. Par manque de débat démocratique, le courage politique fait défaut pour mettre en œuvre des politiques ambitieuses.

L'entrave la plus importante à une véritable politique de lutte contre le changement climatique réside cependant en la croyance non ébranlée dans la croissance économique indispensable comme source de bonheur et de ressources. C'est cette croyance fondamentale à notre société qui fait que nous considérons de façon insuffisante les coûts grandissants liés à cette croissance.

Ainsi la bonne santé économique du pays demande – nous dit-on – que le marché de l'emploi et l'économie entière croient de 4% par an. Ceci signifie un doublement sur moins de vingt ans ce qui nous paraît réaliste, mais cela signifie aussi sur 100 ans une multiplication par 50 de nos activités économiques et de la population active. Et là, c'est difficile à imaginer. On passerait ainsi de 330.000

personnes actives au Luxembourg à plus de 16.000.000. De sérieux efforts seraient donc à faire au niveau de l'aménagement du territoire et du transport. Une politique climatique qui se veut responsable doit donc mettre en question cette croyance aveugle et chercher à mettre en œuvre une économie à échelle stable.

La croissance nous paraît indispensable pour pouvoir réparer avec les recettes de demain les dommages causés aujourd'hui. Les inégalités sociales d'aujourd'hui seront combattues par les fruits de la croissance de demain. Ceci évite le débat difficile sur la répartition de ces richesses d'aujourd'hui, mais empêche tout avancée vers plus de justice sociale car la croissance est également répartie de façon inégale. C'est un cercle vicieux qui se retrouve dans d'autres domaines : ce ne sera que demain que nous espérons pouvoir séquestrer les émissions de carbone d'aujourd'hui, pourtant les technologies sont douteuses ; ce ne sera que demain que le pays devra rembourser les dettes faites pour relancer l'économie aujourd'hui, pourtant la relance sera-t-elle de longue haleine puisqu'on ne prend pas en compte la crise des ressources (voir les remarques le Peak-Oil), etc ; c'est par les mythes agro-carburants de la deuxième génération que nous justifions aujourd'hui un investissement massif dans la destruction des forêts tropicales...

Nous devrions voir les réalités en face et ne pas cacher à la population que

- l'Union Européenne doit être encore plus ambitieuse à Copenhague, car il s'agit de prendre en compte les dernières évidences scientifiques du changement climatique et non de négocier avec d'autres pays plus ou moins riches.
- le Luxembourg doit être plus ambitieux que la moyenne de l'Union Européenne parce que nous faisons partie des pays riches et hautement responsables au sein de l'UE.

Il y a va également de notre capacité de maintenir en vie une économie dynamique, variée et capable de relever les défis de l'ère post Kyoto et post pétrole.

Merci pour votre attention.

Anhang

LANDWIRTSCHAFT und KLIMAWANDEL

Von den geschätzten 30 Milliarden Tonnen CO₂ (Kohlendioxid), die alljährlich durch menschliche Aktivitäten emittiert werden, sind mit 9 Milliarden Tonnen etwa 30% der Landnutzung anzurechnen. Die Hälfte der 9 Mrd. Tonnen stammt direkt von der Landwirtschaft, die andere Hälfte wird indirekt durch die Zerstörung der Wälder und Böden verursacht.

Obwohl die Landwirtschaft in Luxemburg nur ca.5% (angeblich) der klimaschädlichen Gase verursacht, so soll sie dennoch, und das nicht nur aus Klimaschutzgründen, nachhaltiger orientiert werden. Neben der Rolle als klimaschädlicher Wirtschaftszweig ist sie auch als CO₂-Senke zu betrachten, wenn Sie entsprechend nachhaltig organisiert wird.

Klimaproblem intensive Tierhaltung

Die aus der Landwirtschaft stammenden Methanemissionen mit einem Anteil von circa 40% am Gesamt-Methan verursachen hauptsächlich die Rinderhaltung sowie zu einem geringen Anteil die Lagerung von Wirtschaftsdüngern.

Klimaproblem Düngemittel & Gifte

1 kg Düngemittel belastet unsere Atmosphäre mit ca. 10 kg CO₂. Allein die Herstellung von 1 kg Stickstoffdünger setzt etwa 6 kg CO₂frei. Auf dem Feld aufgebracht entsteht dann zusätzlich auch noch N₂O (Distickstoffoxid). Die freigesetzten Mengen pro Kilo Stickstoffdünger entsprechen der Treibhauswirksamkeit von 3,5 kg CO₂. Erhöht wird dieser Betrag noch durch die 19 kg CO₂, die pro Kilo Pestizid anfallen.

Der Einsatz stickstoffhaltiger Düngemittel (mineralische und organische) und der Viehbestand sind die wichtigsten Quellen in der Landwirtschaft für die Emissionen an Methan und Lachgas. Methan trug im Jahr 2000 etwa 8%, Lachgas (nach derzeitigen Schätzungen) etwa 5% zu den gesamten Treibhausgasemissionen Deutschlands bei.

Das hört sich nach nicht sehr viel an, aber wir sind eine Industrienation, bei der die Landwirtschaft nur noch 2-3% zum Bruttoinlandsprodukt beiträgt.

Klimaproblem: Futtermittelzukauf resp. Import

Die EU importiert über 50% der Futtermittel. Würden die EU-Staaten auf biologische Landwirtschaft umstellen, könnten Bauern ärmerer Länder auf hunderttausenden Quadratkilometern – anstatt Futtermittel für die Massentierhaltung – Lebensmittel für die Eigenversorgung produzieren.

Die einseitige Ausrichtung der Landwirtschaft Richtung Rindviehhaltung, und insbesondere Milch, provoziert die höchsten Ausstöße an klimaschädlichen Gase, besonders durch die Tatsache, dass viele tausende Tonnen an Kraftfutter auf Sojabasis importiert werden, welche wiederum mit klimaschädlichen Methoden in Übersee produziert werden.

Biogas: zu viel Input, zu wenig Output

Seit einigen Jahren wird der Bau von Biogasanlagen stark gefördert. Bis 2020 könnten, so die Einschätzung, etwa 70 zusätzliche Anlagen in Betrieb sein, was die Biogasproduktion vervierfachen würde. Würde das gesamte Gas verstromt, so könnte man über 100 Gigawattstunden Elektrizität im Jahr erzeugen. Das wäre immer noch weniger als zwei Prozent des gesamten luxemburgischen Stromverbrauchs resp. könnte man 50 Millionen Kubikmeter Erdgas ersetzen - kaum mehr als ein Prozent der jährlichen Importe. Das technische Potenzial liegt dreimal höher, wenn bis zu 20.000 Hektar

Agrarfläche für Energiepflanzen genutzt werden würden, etwa 15 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche Luxemburgs und 1/3 des Ackerlandes. Bei den jetzigen konventionellen Praktiken würde dies jedoch zu einer weiteren Verarmung der Fruchtfolge führen und der Einsatz von mineralischen Düngemitteln und Pestiziden wird nicht in Frage gestellt.

Klimaschutz durch Bodenschutz und Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit

Damit wir maximale Mengen an CO₂ im Boden in Form von Humus einbauen können, ist es notwendig den Boden zu schützen. Weswegen auch die anstehende EU-Bodenschutzrichtlinie von großer Wichtigkeit ist, wie auch folgende Zahlen zeigen:

- 115 Millionen Hektar oder 12% des gesamten europäischen Festlandes sind von Wassererosion und 42 Millionen Hektar von Winderosion betroffen,
- der Gehalt an organischer Substanz ist bei etwa 45% der Böden in Europa gering oder sehr gering,
- etwa 1/3 der Böden sind stark verdichtet.

Klimaschutz durch biologischen Landbau

- Wie einige Studien zeigen, emittiert der Bio-Landbau in Summe im Vergleich zur herkömmlichen Landwirtschaft um bis zu 60 Prozent weniger CO₂, je nach Produkten. Es gibt mehr und mehr internationale Zahlen die dies auch bestätigen. Der Biolandbau fördert den Aufbau von Humus, der Atmosphäre CO₂ entzieht. Global könnten so 800 Millionen Tonnen CO₂ in Böden gebunden werden. Biolandbau ist damit die nachhaltigste und zugleich kostengünstigste Klimaschutz-Maßnahme, mit vielen anderen positiven Effekten!
- Durch sorgfältiges Bewirtschaften von fruchtbaren Böden, durch den Anbau von Klee und durch die organische Düngung ist der Biolandbau wesentlich klimafreundlicher.
- Fruchtbare Böden und eine hohe biologische Vielfalt machen Betriebe wesentlich robuster gegenüber den Auswirkungen der Klimaveränderungen.
- Biobetriebe erzeugen pro Fläche viel weniger und pro Tonne Lebensmittel weniger schädliche Treibhausgase.
- Biobetriebe bauen in den Böden Humus auf. Damit speichern sie Kohlenstoff und binden CO₂. Ein sehr gut 2 geführter Biobetrieb kann jährlich 1 bis 1.5 Tonnen CO₂/ha in den Boden zurück binden.
- Biobetriebe sind wegen der hohen Bodenfruchtbarkeit und wegen der Vielfalt an Pflanzen, Tieren und Mikroorganismen robuster gegenüber den Auswirkungen des Klimawandels.

Votum Klima fordert somit eine neue Landwirtschaftspolitik, welche die limitierenden Ressourcen berücksichtigt und das Klima schont. Es werden weiterhin viele Gelder in der Landwirtschaft total falsch ausgegeben, so dass eigentlich auch Geld da ist, um es richtig zu machen. Das Leitbild soll die Biologische Landwirtschaft sein, welche es gilt wesentlich stärker zu fördern.